

AUS DEN WAHLKREISEN

Marzahn-Hellersdorf. Die SPD hat am 16. Januar den Direktkandidaten für den Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf gewählt. Rudi Kujath setzte sich mit 34 zu 9 Stimmen gegen den Bezirksverordneten Otto Dittmann durch. Sein Ziel sei es, erstmals den Wahlkreis für die SPD zu gewinnen, sagte er. **Steglitz-Zehlendorf.** Der Bundestagsabgeordnete Klaus Uwe Benneter ist erneut zum Kandidaten der SPD Steglitz-Zehlendorf für die Bundestagswahl 2009 nominiert worden. Von den 110 gültigen Stimmen der Wahlkreis-Konferenz wurden 103 (93,6%) für Benneter abgegeben.

Reinickendorf. Der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Jörg Stroedter (54), ist am 9. Dezember zum Kandidaten im Bundestagswahlkreis 78 (Reinickendorf) nominiert worden. Der Wirtschaftspolitiker Stroedter erhielt mit 82,72 Prozent der abgegebenen Stimmen eine deutliche Mehrheit.

Treptow-Köpenick. SPD-Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel ist am 5.12.2008 auf der Wahlkreis-Konferenz zum Direktkandidaten bestimmt worden. 34 der 50 Delegierten stimmten für ihn, der BVV-Fraktionsvorsitzende Oliver Igel bekam 16 Stimmen.

Spandau. Der bisherige Bundestagsabgeordnete Swen Schulz ist mit 60 von 67 abgegebenen Stimmen als Direktkandidat nominiert worden. Er hatte sich im Vorfeld bei einer Mitgliederbefragung durchgesetzt.

EINFACHER, DURCHLÄSSIGER

Berlin plant das zweigliedrige Schulsystem ab 2010

Berlins Schulstrukturen werden einfacher und durchlässiger, mehr Jugendliche sollen einen vernünftigen Schulabschluss erreichen. Schon mit Beginn des Schuljahres 2010/11 sollen dazu Haupt-, Real- und Gesamtschulen in einem Schritt zu Sekundarschulen zusammengelegt und zusätzlich zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Das sieht das Konzept von Bildungssektor Jürgen Zöllner vor. Neben den Sekundarschulen wird es weiter das Gymnasium sowie - als Sonderform der Sekundarschule - die Pilotphase der Gemeinschaftsschule geben.

In der derzeitigen vielgliedrigen Schulstruktur ist die optimale Förderung aller Schülerinnen und Schüler kaum möglich. Immer mehr Schülerinnen und Schüler wenden sich von der Hauptschule ab. Bildungssenator Jürgen Zöllner hat daraus die Konsequenzen gezogen. Im September 2008 trat er mit einem Vorschlag zur Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur an die Öffentlichkeit, um ihn mit allen Akteuren der Schulen in der Stadt zu diskutieren und zu entwickeln. Expertinnen und Experten aus Verbänden und Gremien sowie Schulpraktiker gaben dabei zahlreiche Anregungen.

Eine breite Zustimmung gibt es für das Auslaufen der Hauptschule, die als "Restschule" nur noch von 6 Prozent der Schülerinnen und Schüler besucht wird und daher oft kein günstiges Entwicklungsmilieu bietet. Klar ist jetzt: Es wird ein schnelleres Tempo bei der Fusion von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu integrierten Sekundarschulen geben als ursprünglich geplant. Ausdrücklich haben dabei u.a. auch die Berliner Real-schulleiter Jürgen Zöllner ihre Unterstützung zugesichert. Neben der Sekundar-



Die Berliner SPD hat für mehr Geld zur baulichen Unterhaltung von Schulen gesorgt.

schule, die alle Abschlüsse bis zum Abitur anbietet, soll es dann nur noch das Gymnasium geben, das in 12 Jahren zum Abitur führt. Die Sekundarschule wird deutlich mehr Praxisbezug bieten, zudem ist hier das Abitur auch in 13 Jahren möglich.

Damit macht die Berliner SPD erneut deutlich, dass Bildung für sie Priorität hat. Bei der Berliner CDU solle dagegen ein so genannter Bildungsgipfel die Orientierungslosigkeit überdecken, kritisierte Landes- und Fraktionschef Michael Müller. Gerade bei der wichtigen Frage der Schulstruktur drücke sich die Oppositionspartei vor einer klaren Antwort. Nachdem sich die stellvertretende CDU-Vorsitzende Monika Grütters für die Zweigliedrigkeit des Berliner Schulsystems ausgesprochen hatte, wandte sich der Landes- und Fraktionsvorsitzende Frank Henkel vor kurzem gegen die Zusammenlegung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen. Michael Müller: "Dass sich die CDU um eine klare Antwort zum

Schulstruktur-Entwurf der Koalition drückt oder nicht in der Lage ist, eine gemeinsame Position zu finden, ist ein Offenbarungseid". Auch mit der Forderung nach einem Infrastrukturprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro offenbare die CDU ihre Unkenntnis. Denn allein schon mit den Mitteln aus dem Schul- und Sportstättenanierungsprogramm, den Infrastrukturmitteln der Bezirke und den zusätzlichen 50 Millionen Euro für die Schulsanierung wird diese Summe derzeit überschritten. Mit dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung stehen zusätzlich mehr als 400 Millionen Euro für den Bildungsbereich zur Verfügung, in den Bezirksmitteln zur baulichen Unterhaltung sind mehr als 200 Millionen für Schulen und Bildungseinrichtungen vorhanden. Insgesamt summieren sich die Investitionsmittel für Neubau, Sanierung und bauliche Unterhaltung im gesamten Bildungsbereich zwischen 2009 und 2011 auf mehr als 800 Millionen Euro. ■ U.H.

„KINDERRECHTE INS GRUNDGESETZ“

SPD-Landesgruppe lädt zur Diskussion mit Bundesjustizministerin Zypries

Die SPD fordert die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Ziel ist ein klares Signal an Rechtsprechung und Gesellschaft, mehr Verantwortung gegenüber Kindern aufzubringen.

Am 19. Februar steht das Thema erneut zur Diskussion: Bundesjustizministerin Brigitte Zypries wird auf Einladung der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Rede und Antwort stehen. „Eine Verfassungsänderung kann einen handfesten Nutzen haben“, so die Ministerin. „Sie kann auf längere Sicht das Rechtsbewusstsein aller derer positiv prägen, die



Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Swen Schulz diskutierte die SPD-Kinderpolitikerin Marlene Rupprecht in Spandau über dieses Thema.

Verantwortung tragen, wenn es um das Wohl von Kindern und deren Schutz geht. Sie darf aber nicht dazu führen, dass auf konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Kindeswohls, die den Staat immer Geld und Mühen kosten, verzichtet wird, weil der Eindruck entsteht, man habe ja mit der Verfassungsänderung schon alles Notwendige getan.“

Kinderrechte ins Grundgesetz, 19.02.09, 19.00 Uhr, im Deutschen Bundestag. Anmeldung erforderlich unter Tel: 227 70 187 oder per Mail unter swen.schulz@wk.bundestag.de ■ bb

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de